# Entwicklungstendenzen in der deutschen politischen Wissenschaft

Autor(en): **Grosser, Dieter**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Annuaire suisse de science politique = Schweizerisches Jahrbuch für Politische Wissenschaft**

Band (Jahr): **8 (1968)**

PDF erstellt am: **28.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-171281

**Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

**Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

**http://www.e-periodica.ch**

# ENTWICKLUNGSTENDENZEN IN DER DEUTSCHEN POLITISCHEN WISSENSCHAFT

von

DIETER GROSSER

*Privatdozent am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin*

## I. Geschichte und Institutionen der deutschen politischen Wissenschaft (Politologie)

Nach 1945 entstand die politische Wissenschaft an den deutschen Universitäten als eine erneuerte, nicht unbedingt als eine neue Disziplin [1]. Es war möglich, an die Tradition deutscher politischer Wissenschaft des 18. und 19. Jahrhunderts anzuknüpfen. Weitaus wichtiger als der Rückgriff auf die Wissenschaftsgeschichte wurde jedoch das Beispiel der amerikanischen, daneben der englischen und französischen politischen Wissenschaft. Die entscheidenden Anregungen für den Aufbau einer deutschen politischen Wissenschaft kamen von Gelehrten, die während der nationalsozialistischen Herrschaft emigriert waren und mit Lehr- und Forschungserfahrungen in den USA in die Bundesrepublik zurückkehrten; zu nennen sind vor allem Arnold Bergstraesser, Ernst Fraenkel und Carl Joachim Friedrich. In Westberlin gelang es darüber hinaus, die 1919 von Friedrich Naumann angeregte, in der Weimarer Zeit von Gelehrten, Beamten und Politikern wie Theodor Heuss, Bill Drews, Clemens von Delbrück und Ernst Jäckh geprägte Deutsche Hochschule für Politik wiederzugründen. Unter der Leitung von Otto Suhr, dem späteren Regierenden Bürgermeister von Westberlin, wurde ein Lehrprogramm für eine achtsemestrige intensive Ausbildung in politischer Wissenschaft entwickelt, das zunächst weniger für den typischen Universitätsstudenten als für bereits im Beruf stehende Politiker, Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre, Lehrkräfte in der Erwachsenenbildung und Journalisten gedacht war. Es zeigte sich jedoch bald, dass die Studenten der Hochschule vorwiegend Abiturienten ohne Berufsausbildung waren, die nach einem Universitätsstudium strebten. Die Einführung eines akademischen Abschlussexamens, die Promotionsmöglichkeit an der Freien Universität und schliesslich, 1959, die volle Eingliederung der in « Otto-Suhr-Institut » umbenannten Deutschen Hochschule für Politik als interfakultatives Institut in die Freie

[1] Vgl. dazu OTTO HEINRICH VON DER GABLENTZ, « Politische Forschung in Deutschland », in *Politische Forschung*, hrsg. von Otto Stammer, Bd. 17 der Schriften des Instituts für Politische Wissenschaft an der Freien Universität Berlin, 1960, und CHRISTIAN GRAF VON KROCKOW, « Politik als praktische Wissenschaft », in *Gesellschaft, Staat, Erziehung*, 2/1966.

Universität entsprachen dem Drängen einer wachsenden Zahl von Studenten. Das Otto-Suhr-Institut umfasst heute 11 Lehrstühle, hat über 1000 Hauptfachstudenten und stellt damit den Schwerpunkt der politologischen Lehre in Deutschland dar.

An den Universitäten der Bundesrepublik verlief der Ausbau der politischen Wissenschaft zögernder. Ein wichtiger Anstoss erfolgte 1958-1960, als der allgemeine Ausbau der Universitäten mit zunehmender Besorgnis der Öffentlichkeit über den unbefriedigenden Stand der politischen Bildung der Jugend zusammenfiel und Parteien und Länderregierungen für die Errichtung politologischer Lehrstühle zu gewinnen waren. Heute bestehen an den Universitäten und Technischen Hochschulen der Bundesrepublik etwa 50 Lehrstühle für politische Wissenschaft; dazu kommen die 11 Lehrstühle am Otto-Suhr-Institut in Westberlin. Darüber hinaus gibt es politologische Lehrstühle an den meisten Pädagogischen Hochschulen. Die von Rainer Lepsius in einer Denkschrift zur Lage der Soziologie und der politischen Wissenschaft [1] geforderte Zahl von mindestens drei Lehrstühlen für politische Wissenschaft an jeder Universität ist jedoch nicht erreicht worden; lediglich in München ist heute mit fünf Lehrstühlen des « Geschwister-Scholl-Instituts » der Ansatz zur Errichtung eines weiteren Schwerpunktes politikwissenschaftlicher Lehre und Forschung zu erkennen. Daher kann an den meisten Universitäten der Bundesrepublik eine zufriedenstellende Ausbildung, die mindestens Innenpolitik, internationale Beziehungen und Theorie der Politik umfassen müsste, noch nicht gewährleistet werden.

Bedeutende, mit Lehrstühlen eng verbundene reine Forschungsinstitute sind das Institut für Politische Wissenschaft an der Freien Universität Berlin und das Arnold-Bergstraesser-Institut in Freiburg.

Zur Zeit (1968) sind Widerstände mancher Kultusverwaltungen und Universitäten gegen einen raschen weiteren Ausbau der Lehr- und Forschungseinrichtungen der Disziplin zu erkennen. Der Grund dafür dürfte weniger darin liegen, dass die politische Wissenschaft ihren Platz an den Universitäten erst noch erobern müsste; sie wird heute im allgemeinen als eigenständige Disziplin anerkannt. Vielmehr bereitet das Problem gewisse Sorgen, den beinahe 3000 Hauptfachstudenten ausreichende Berufschancen zu öffnen. Ähnlich wie die Soziologie wurde die Politologie zum « Modestudium » für eine Generation, die zur kritischen Auseinandersetzung mit den Älteren und dem Bestehenden erzogen worden war und der die Anpassung an die Normen der gegenwärtigen Gesellschaft widerstrebte. Diese zum Teil hochbegabten und an ihrem Fach intensiv interessierten Studenten könnten eines Tages in verantwortlicher Position in Parteien, Verbänden, in der Erwachsenenbildung und in der öffentlichen Verwaltung Hervorragendes leisten. Da aber der höhere Verwaltungsdienst meist den Juristen vorbehalten ist, ist die Nachfrage nach « Nur-Politologen » begrenzt. Weitaus günstiger

---

[1] RAINER LEPSIUS, *Denkschrift zur Lage der Soziologie und der Politischen Wissenschaft*, 1961.

sind die Berufsaussichten für Studenten, die sich auf den höheren Schuldienst vorbereiten und politische Wissenschaft (Sozialkunde) im ersten oder zweiten Hauptfach zusammen mit einem der klassischen Schulfächer studieren, denn in den meisten Bundesländern ist Sozialkunde als Lehrfach an den höheren Schulen eingeführt worden. Naturgemäss ist aber die politologische Ausbildung dieser Kandidaten für das höhere Lehramt weniger intensiv als die der Politologen mit achtsemestriger Spezialausbildung, wie sie vor allem am Otto-Suhr-Institut in Berlin vermittelt wird. Die gegenwärtigen Schwierigkeiten könnten überwunden werden, wenn die Zahl der « Nur-Politologen » begrenzt, die der zukünftigen Lehrer mit einer mehr an den Bedürfnissen der pädagogischen Praxis ausgerichteten Ausbildung erhöht würde. Ausserdem müsste das « Juristenmonopol » in der öffentlichen Verwaltung durchbrochen werden. Es hat den Anschein, als wachse zur Zeit in Regierung und Parlament die Einsicht, dass Wirtschaftswissenschaftler, Soziologen und Politologen zur Lösung der gegenwärtigen Verwaltungs- und Planungsprobleme beitragen sollten.

Die « Deutsche Vereinigung für Politische Wissenschaft » ist die Interessenvertretung der in Forschung und Lehre tätigen Politikwissenschaftler. Ihr gehören gegenwärtig etwa 300 Mitglieder an; Vorsitzender ist zur Zeit Professor Dr. Eugen Kogon, Darmstadt; die Geschäftsführung hat Fräulein Diplom-Politologe Barbara Reichelt, Berlin. Die Vereinigung tritt alle zwei Jahre zu wissenschaftlichen Plenartagungen zusammen; sie hat ausserdem Sektionen für die Fachbereiche Theorie der Politik, Innenpolitik, internationale Beziehungen gebildet, die in kürzeren Abständen Arbeitskonferenzen abhalten. Laufende Forschungsvorhaben werden von der Leitstelle Dokumentation in Berlin (1 Berlin 45, Paulinenstrasse 22) gesammelt.

Die Zeitschrift der Vereinigung ist die « Politische Vierteljahresschrift » [1]. Wichtige Beiträge deutscher Politologen erscheinen ausserdem in der « Zeitschrift für Politik » [2] und im « Staat » [3]. Literaturberichte sind vor allem in der « Neuen Politischen Literatur » [4] zu finden.

## II. Wissenschaftliche « Schulen »

In der methodischen Entwicklung des Fachs war bisher eine einheitliche Tendenz kaum zu erkennen. Wissenschaftliche « Schulen » mit eigenen Methoden und Fragestellungen sind wenig ausgeprägt. Ein Ansatz zu einer identifizierbaren Schule war in den fünfziger Jahren in Freiburg zu beobachten, wo Arnold Bergstraesser seine Idee der « praktischen Wissenschaft von der Politik » entwickelte. Er verlangte eine wertende Wissenschaft, deren Ausgangspunkt die Frage nach der zu wünschenden Ordnung, nach dem « guten Staat », sein müsse, und die von dieser theoretisch zu begründenden,

[1] Westdeutscher Verlag, Köln u. Opladen.
[2] Carl Heymanns Verlag, Köln/Berlin.
[3] Verlag Duncker & Humblot, Berlin.
[4] Ring Verlag, Stuttgart-Düsseldorf.

normativen Basis aus das Bestehende und das zu Tuende untersuchen solle.

Die scharfe Frontstellung gegen den positivistischen Empirismus, die Bergstraessers Konzeption einschloss, führte bisher aber nicht zu einem Methodenstreit, der mit der Kontroverse zwischen den Vertretern einer dialektischen Soziologie wie Adorno und Habermas und den Positivisten wie Popper und Albert zu vergleichen wäre. Die Mehrzahl der Forscher arbeitet empirisch-deskriptiv; gegenwärtig steigt das Interesse für empirisch-systematische Versuche. Eine wissenschaftstheoretische Auseinandersetzung mit Bergstraesser erfolgte nicht, ein geschlossener Gegenentwurf wurde nicht entwickelt. Das lag zum Teil daran, dass die von Bergstraesser beeinflussten Forscher wie Hennis, Oberndörfer, Maier und Sontheimer am normativen Ausgangspunkt in ihren Analysen nicht immer festhielten und eine klare Abgrenzung der « Freiburger Schule » heute faktisch nicht mehr möglich ist. Es ist auch darauf zurückzuführen, dass bis in die sechziger Jahre hinein das Interesse an Methodenfragen relativ gering war und zunächst versucht wurde, empirisch-deskriptive Darstellungen vorzulegen, um den Mangel an geordneten Fakten zu überwinden. Seit einigen Jahren ist jedoch ein intensiveres Interesse für methodische Fragen erkennbar. Es steigt die Unzufriedenheit darüber, dass der politischen Wissenschaft gesicherte theoretische Grundlagen weitgehend fehlen. Unter manchen jüngeren Forschern hat diese Unzufriedenheit die Neigung begünstigt, Arbeitshypothesen aus neomarxistischen Theorien zu übernehmen.

## III. Entwicklung der Forschungstendenzen

In der ersten Periode des Wiederaufbaus der deutschen politischen Wissenschaft standen Untersuchungen über den Totalitarismus nationalsozialistischer und stalinistischer Prägung [1], Arbeiten über die Endphase der Weimarer Republik [2] und über die Probleme der repräsentativen Demokratie [3] im Vordergrund des Interesses. Die nach dem neuesten Quellenstand gearbeitete Darstellung des nationalsozialistischen Herrschaftssystems blieb jedoch damals aus und fehlt auch heute noch, so dass die grundlegenden, in der Emigration entstandenen Arbeiten Ernst Fraenkels und Franz Leopold

---

[1] Z.B. CARL JOACHIM FRIEDRICH, *Totalitäre Diktatur*, Stuttgart 1957; ERNST RICHERT, *Macht ohne Mandat*, Der Staatsapparat in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, 1958; WALTHER HOFER, *Die Entfesselung des zweiten Weltkrieges*, Stuttgart 1954; WALTER GROTTIAN, *Das sowjetische Regierungssystem*, Köln u. Opladen 1965.

[2] Vor allem KARL DIETRICH BRACHER, *Die Auflösung der Weimarer Republik*, Stuttgart u. Düsseldorf 1955, 1957; KARL DIETRICH BRACHER, WOLFGANG SAUER, GERHARD SCHULZ, *Die nationalsozialistische Machtergreifung*, Köln u. Opladen 1960, 1962.

[3] Zu nennen sind besonders: CARL JOACHIM FRIEDRICH, *Der Verfassungsstaat der Neuzeit*, Berlin-Göttingen-Heidelberg 1953; KARL LÖWENSTEIN, *Verfassungslehre*, Tübingen 1959; THEODOR ESCHENBURG, *Staat und Gesellschaft in Deutschland*, Stuttgart 1956; ERNST FRAENKEL, *Die repräsentative und plebiszitäre Komponente im demokratischen Verfassungsstaat*, Tübingen 1958.

Neumanns [1] bisher keine Nachfolge fanden. Auch die Parteien- und Verbandsforschung wurde aufgenommen [2]. Die in der deutschen Situation besonders wichtigen Darstellungen anderer demokratischer Regierungssysteme fanden in der hervorragenden Arbeit Ersnt Fraenkels über die USA ein schwer zu erreichendes Vorbild politologischer Analyse [3].

Zwei wichtige Bereiche der politischen Wissenschaft wurden in der Aufbauperiode in erstaunlichem Masse vernachlässigt: die Analyse der internationalen Politik und Versuche zur Theorie der Politik im Sinne der Verallgemeinerung von Einzeldaten durch Systematisierung und Modellbildung. Offenbar war in diesen Bereichen der Anschluss an die internationale Forschung besonders schwer zu finden. Dagegen gab es eine Fülle von zeitgeschichtlichen und ideengeschichtlichen Untersuchungen, vor allem in der Form von Dissertationen; sie wurden oft weniger unter dem Gesichtspunkt der Förderung politologischer Forschung als unter dem der günstigen Quellenlage und der gesicherten Methodik vergeben. Zu einer Zeit, da die politische Wissenschaft nicht überall von den etablierten Disziplinen als gleichberechtigt angesehen wurde, war diese Anlehnung an historische Methoden gerade bei Dissertationen immerhin verständlich.

Der schnellere institutionelle Ausbau der politischen Wissenschaft nach 1960 führte zu einer erheblichen Vermehrung der Forschungsarbeiten. Zugleich änderten sich die Forschungsinteressen. Der Rückstand im Bereiche der internationalen Politik wurde nun durch die Bemühungen von Wilhelm Cornides, Ernst Otto Czempiel u.a.[4] rasch verringert. Eine Fülle von Untersuchungen zu Problemen der Entwicklungsländer bewies Interesse an diesem neuen Forschungsbereich [5]. Die empirische Analyse des Wählerverhaltens wurde vor allem von Rudolf Wildenmann und seinen Mitarbeitern nach amerikanischen Vorbildern aufgenommen. Generell stieg das Interesse an der empirischen Analyse gegenwärtiger politischer Phänomene und die Neigung, zeitgeschichtliche Arbeiten den Historikern zu überlassen. Heute gibt es einen breiten Fächer von Forschungsgebieten; mindestens zwölf können unterschieden werden:

---

[1] ERNST FRAENKEL, *The Dual State,* A contribution to the theory of dictatorship, New York-London 1941; FRANZ LEOPOLD NEUMANN, *Behemoth,* The Structure and Practice of National Socialism, London 1943.

[2] So z. B. von RENATE MAYNTZ, *Parteigruppen in der Grossstadt,* Untersuchungen in einem Berliner Kreisverband der CDU, Köln u. Opladen 1959; RUDOLF WILDENMANN, *Partei und Fraktion,* Ein Beitrag zur Analyse der politischen Willensbildung und des Parteiensystems in der Bundesrepublik, Meisenheim 1954; RUPERT BREITLING, *Die Verbände in der Bundesrepublik,* Meisenheim 1955; WOLFGANG HIRSCH-WEBER, *Gewerkschaften in der Politik,* Köln u. Opladen 1959.

[3] ERNST FRAENKEL, *Das amerikanische Regierungssystem,* Köln u. Opladen 1960.

[4] Z.B. WILHELM CORNIDES (Hrsg.): *Die internationale Politik.* Jahrbücher des Forschungsinstituts der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, ab 1955. ERNST-OTTO CZEMPIEL, *Das amerikanische Sicherheitssystem 1945-1949,* Berlin 1966.

[5] FRANZ ANSPRENGER, *Politik in Schwarz-Afrika,* Köln 1961. EBERHARD STAHN, *Kommunistisches Modell für Afrika?* Ghana und Guinea, Hannover 1967. HANS WEILER, *Erziehung und Politik in Nigeria,* Freiburg 1964.

### *1. Analyse des Regierungssystems der Bundesrepublik Deutschland*

Nach wie vor wird in der Analyse des Regierungssystems der Bundesrepublik die wichtigste Aufgabe der deutschen politischen Wissenschaft gesehen. Die einschlägige Forschung wird an einer ganzen Reihe von Lehrstühlen und Instituten gepflegt; mindestens sind zu nennen:

Prof. Wilhelm Hennis, Freiburg, der an einer Regierungslehre arbeitet, Prof. Roman Schnur, Bochum, Prof. Thomas Ellwein, Frankfurt/M. und Prof. Fritz Morstein Marx, Speyer, die sich vor allem Fragen der Bürokratie und einer politischen Verwaltungslehre widmen, sowie Prof. Waldemar Besson, Konstanz, an dessen Lehrstuhl an einer politologischen Verwaltungsanalyse, die komparative Methoden (z.B. Vergleich amerikanischer und deutscher Verwaltung) verwendet, gearbeitet wird.

Am Institut für Politische Wissenschaft in Berlin wird der vergleichenden Analyse der Regierungs- und Gesellschaftssysteme in der Bundesrepublik Deutschland und in der DDR besondere Beachtung gewidmet.

*Wichtige neuere Veröffentlichungen :*

Thomas Ellwein, Das Regierungssystem der Bundesrepublik Deutschland, Köln und Opladen 1963.

Rudolf Wildenmann, Macht und Konsens als Problem der Innen- und Aussenpolitik, Bonn 1963.

Ernst Fraenkel, Deutschland und die westlichen Demokratien, Stuttgart 1964.

Fritz Morstein Marx, Einführung in die Bürokratie, Stuttgart 1959.

Thomas Ellwein, Einführung in die Regierungs- und Verwaltungslehre, Stuttgart 1966.

### *2. Parteien und Verbände in der Bundesrepublik*

Eng mit der Untersuchung des Regierungssystems verbunden ist die der Parteien und Verbände. Auch in diesem Bereich dauert eine rege Forschungstätigkeit an.

Arbeiten laufen vor allem am Institut für Politische Wissenschaft unter Prof. Otto Stammer, Berlin, an den Lehrstühlen von Prof. Kurt Lenk, Erlangen (vor allem Untersuchungen und Dokumentationen zum Rechtsradikalismus), und Prof. Ossip K. Flechtheim, Otto-Suhr-Institut, Berlin.

*Wichtige neuere Veröffentlichungen :*

Ossip K. Flechtheim, Dokumente zur parteipolitischen Entwicklung seit 1945, bisher 5 Bde, Berlin 1962-1966.

Otto Stammer u.a., Verbände und Gesetzgebung, Die Einflussnahme der Verbände auf die Gestaltung des Personalvertretungsgesetzes, Bd. 18 der Schriften des Instituts für Politische Wissenschaft, Köln und Opladen.

Wolf-Dieter Narr, CDU und SPD, Programm und Praxis nach 1945, Stuttgart-Berlin 1966.

### *3. Untersuchungen über das politische System der Deutschen Demokratischen Republik*

Die Analyse des politischen Systems der DDR wurde bisher vernachlässigt; lediglich am Institut für Politische Wissenschaft in Berlin beschäftigte sich eine Abteilung unter Peter Christian Ludz mit der DDR-Forschung.

Am Lehrstuhl von Prof. Ludz, Otto-Suhr-Institut, Berlin, wird neuerdings die DDR-Forschung intensiver gepflegt.

*Wichtige neuere Veröffentlichung :*

Peter Christian Ludz, Parteielite im Wandel, Funktionsaufbau, Sozialstruktur und Ideologie der SED-Parteiführung, Eine empirisch-systematische Untersuchung, Bd. 21 der Schriften des Instituts für Politische Wissenschaft.

### *4. Untersuchungen über ausländische Regierungssysteme ; vergleichende Lehre der Regierungsformen (ohne Entwicklungsländer)*

Der Analyse ausländischer Regierungssysteme und der vergleichenden Lehre der Regierungsformen wird im Lehrprogramm der politischen Wissenschaft in Deutschland einiges Gewicht beigelegt, die Zahl der einschlägigen Forschungsprojekte ist jedoch zur Zeit begrenzt.

Arbeiten laufen vor allem an den Lehrstühlen von Prof. Ernst Fraenkel, Kennedy-Institut, Berlin, Prof. Winfried Steffani, Seminar für Sozialwissenschaften an der Universität Hamburg, Prof. Richard Löwenthal, Otto-Suhr-Institut, Berlin, und Prof. Ferdinand Hermens, Köln-Lindenthal.

*Wichtige neuere Veröffentlichungen :*

Karl Löwenstein, Staatsrecht und Staatspraxis von Grossbritannien, Berlin-Heidelberg-New York 1959.

Gilbert Ziebura, Die V. Republik, Köln 1960.

Gilbert Ziebura, Léon Blum, Berlin 1963.

Richard Löwenthal, Chruschtschow und der Weltkommunismus, Stuttgart 1963.

### *5. Regionalstudien einschliesslich Studien über Regierungssysteme von Entwicklungsländern*

Die Zahl der Regional- und Entwicklungsländerstudien ist in den letzten Jahren stark gestiegen. Sie werden zur Zeit vor allem am Lehrstuhl von Prof. Oberndörfer, Freiburg, am Otto-Suhr-Institut an der Freien Universität Berlin (vor allem Arbeiten über die Volksrepublik China und über T'aiwan an einer Arbeitsstelle am Lehrstuhl von Prof. Löwenthal unter Leitung von PD. Dr. Jürgen Domes und Arbeiten über Politik in afrikanischen Ländern unter Prof. Franz Ansprenger), am Lehrstuhl von Prof. Klaus Mehnert, Aachen, und am Lehrstuhl von Prof. Gottfried K. Kindermann, München, gepflegt.

*Wichtige neuere Veröffentlichung :*

Jürgen Domes, Politik und Herrschaft in Rotchina, Stuttgart 1965.

### *6. Studien zur Aussenpolitik und internationalen Politik*

Das Interesse an Studien zur Aussenpolitik und internationalen Politik hat beträchtlich zugenommen. Die Schwerpunkte der Forschung liegen an den Lehrstühlen von Prof. Gilbert Ziebura, Otto-Suhr-Institut, Berlin (Untersuchungen zur Beziehung zwischen Innen- und Aussenpolitik und Vergleich der Aussenpolitik verschiedener Systeme), Prof. Richard Löwenthal, Internationale Beziehungen (unter besonderer Berücksichtigung der Sowjetunion und Rotchinas), Prof. Ernst Otto Czempiel, Marburg, Prof. Dieter Oberndörfer, Freiburg, Prof. Gottfried K. Kindermann, München, Prof. Walter Besson (Aussenpolitik der Bundesrepublik), Prof. Ferdinand Hermens (Europäische Fragen) und Prof. Dolf Sternberger, Heidelberg (Europäische Fragen).

*Wichtige neuere Veröffentlichung :*

Hans Peter Schwarz, Vom Reich zur Bundesrepublik, Deutschland im Widerstreit der aussenpolitischen Konzeptionen in den Jahren der Besatzungsherrschaft, Neuwied 1966.

### *7. Politische Wirtschafts- und Soziallehre*

Die Wechselbeziehungen zwischen ökonomischen und politischen Systemen werden vor allem am Lehrstuhl von Prof. Gert von Eynern, Otto-Suhr-Institut, Berlin, untersucht. Das Thema findet wachsendes Interesse auch an westdeutschen Lehrstühlen.

*Wichtige neuere Veröffentlichungen :*

Werner Kaltefleiter, Wirtschaft und Politik in Deutschland, Konjunktur als Bestimmungsfaktor des Parteiensystems, Köln 1966.

Gert von Eynern, Einführung in die Politische Wirtschaftslehre, Köln und Opladen 1968.

Carl Böhret/Dieter Grosser (Hrsg.), Interdependenzen von Politik und Wirtschaft, Festschrift für Gert von Eynern, Berlin 1968.

### *8. Empirische Verhaltensforschung, vor allem Wahlforschung*

Arbeiten aus dem Bereich der politischen Verhaltensforschung, vor allem Untersuchungen zum Wählerverhalten und Analysen von Wahlergebnissen, werden in erster Linie am Lehrstuhl von Prof. Rudolf Wildenmann, Mannheim, vorgenommen. Dabei werden die empirischen und quantitativen Methoden der amerikanischen Wahlforschung verwendet.

*Wichtige neuere Veröffentlichungen :*

Max Kaase, Wechsel von Parteipräferenzen, Meisenheim 1967.

Zur Soziologie der Wahl, Sonderheft 9/1965 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, hrsg. von E. Scheuch und R. Wildenmann, Köln 1965.

### *9. Zeitgeschichte einschliesslich Nationalsozialismus, Faschismus*

Politologische Untersuchungen über Fragen der Zeitgeschichte laufen vor allem an den Lehrstühlen von Prof. Erich Matthias, Mannheim, Prof. Karl Dietrich Bracher, Bonn, und Prof. Georg Kotowski, Otto-Suhr-Institut, Berlin.

Als besonderer Bereich innerhalb der Zeitgeschichte kann ein Arbeitsgebiet von Prof. Hans Maier, München, angesehen werden: Staatskirchenpolitik (international vergleichend mit dem Ziel einer Theorie Kirche - Öffentlichkeit).

*Wichtige neuere Veröffentlichungen :*

Erich Matthias, Rudolf Morsey (Hrsg.), Das Ende der Parteien, Düsseldorf 1960.

Erich Matthias u. Rudolf Morsey (Bearbeiter), Der Interfraktionelle Ausschuss 1917/18, 2 Bde, Düsseldorf 1959, und Die Regierung des Prinzen Max, Düsseldorf 1962 (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bde 1/I, 1/II und 2).

### *10. Politische Philosophie und Geschichte der politischen Ideen, Wissenschaftsgeschichte der Politik*

Arbeiten zur politischen Philosophie und zur Geschichte der politischen Ideen werden nach wie vor in grösserer Zahl vergeben; ausserdem sind intensive Bemü-

hungen um die Edition von Texten politischer Klassiker festzustellen. Forschungsschwerpunkte sind zur Zeit die Lehrstühle von Prof. Hans Maier (politische Philosophie, Ideengeschichte, Wissenschaftsgeschichte der Politik), Prof. Nikolaus Lobkowicz, München, Prof. Wilhelm Hennis (Wissenschaftsgeschichte der Politik, Geschichte des deutschen Staatsdenkens) und Prof. Alexander Schwan, Otto-Suhr-Institut, Berlin (politische Philosophie und Geschichte der politischen Ideen).

*Wichtige neuere Veröffentlichungen :*

Hans Maier, Revolution und Kirche, Studien zur Frühgeschichte der christlichen Demokratie, Freiburg 1965.

Wilhelm Hennis, Politik und praktische Philosophie, Eine Studie zur Rekonstruktion der Politischen Wissenschaft, Neuwied 1963.

Alexander Schwan, Politische Philosophie im Denken Heideggers, Köln 1965.

### *11. Theorie der Politik, Methodenfragen*

Theorie der Politik im strengen Sinne, d.h. Versuche, politische Tatsachen durch Feststellen von Regelmässigkeiten mit Hilfe wissenschaftlicher Methoden zu beschreiben und zu erklären, um zu Voraussagen zu gelangen, sind bis vor kurzem in Deutschland nahezu ganz vernachlässigt worden; einschlägige Bemühungen erschöpften sich in der Auseinandersetzung mit amerikanischen Ansätzen (Parsons, Easton u.a.). Seit einiger Zeit bemüht sich Prof. Peter Christian Ludz an seinem Lehrstuhl « Theorie der Politik » um die Entwicklung einer politologischen Systemtheorie und um die Kritik der in der Politologie angewendeten Methoden.

*Wichtige neuere Veröffentlichungen :*

Zur Theorie der Politik im strengen Sinne gibt es bisher keine grössere deutsche Untersuchung. Es kann aber auf die beiden Einführungen in die politische Wissenschaft verwiesen werden, die vorliegen:

Otto Heinrich von der Gablentz, Einführung in die Politische Wissenschaft, Köln u. Opladen 1965.

Gerhard Lehmbruch, Einführung in die Politische Wissenschaft, Stuttgart 1967.

### *12. Wissenschaft und Politik*

Der Frage, wie wissenschaftliche Beratung in der Politik möglich ist und wie politisches Handeln durch Wissenschaftler beeinflusst werden kann, wird auch in der Bundesrepublik zunehmende Aufmerksamkeit geschenkt. Der Erforschung dieses Zusammenhanges widmen sich auch Soziologen und Nationalökonomen; es besteht reger interdisziplinärer Erfahrungsaustausch.

*Wichtige neuere Veröffentlichungen :*

Klaus Lompe, Wissenschaftliche Beratung der Politik, Göttingen 1966.

Grundlegend auch für Politologen:

Jürgen Habermas, Theorie und Praxis, Neuwied 1963 (1967).

Die Zahl der in den einzelnen Forschungsgebieten vergebenen Arbeiten ist recht unterschiedlich. Das Hauptinteresse richtet sich auf die empirische Analyse des Regierungs- und Parteiensystems der Bundesrepublik Deutschland, auf Fragen der internationalen Politik, der Entwicklungsländer, auf die Geschichte der politischen Ideen und die Zeitgeschichte.

## IV. Schwächen der gegenwärtigen politikwissenschaftlichen Forschung

Der hier angedeutete breite Katalog von Forschungsgebieten darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass in der gegenwärtigen Forschung methodische Schwächen und sachliche Lücken nach wie vor zu beobachten sind. Als unzureichend muss vor allem der Stand der Theorie empfunden werden. Wohl wächst das Interesse an theoretischer Reflexion über Methoden und Ziele der politischen Wissenschaft vor allem unter den jüngeren Forschern, und es gibt einige Ansätze zu Theorien « mittlerer Reichweite », etwa die Versuche Wildenmanns, in Zusammenarbeit mit Soziologen zu einer Theorie des Wählerverhaltens zu gelangen [1]. Der Stand der theoretischen Durchdringung der politischen Wissenschaft ist jedoch nicht entfernt mit dem der Soziologie zu vergleichen. Dringendes Desiderat sind vor allem Versuche einer systematischen Gesamtschau der Forschungsgebiete mit dem Ziel, den einheitlichen politologischen Gesichtspunkt hinter der Vielfalt von Methoden und Forschungsgebieten zu zeigen. Solange diese theoretischen Überlegungen fehlen, besteht die Gefahr, dass viele Forschungsprojekte mehr oder weniger zufällig aufgrund günstiger Quellenlage und persönlichen Interesses aufgegriffen werden und wenig dazu beitragen, gesicherte Aussagen zu gewinnen, die einen gewissen Grad von Generalisierung zulassen.

Darüber hinaus gibt es einige erhebliche Lücken in der empirischen Forschung. So lassen sich kaum Ansätze zur Entwicklung einer politischen Psychologie erkennen; selbst die Rezeption sozialpsychologischer Untersuchungen durch die politische Wissenschaft ist zur Zeit unbefriedigend. Es fehlt zum Beispiel jeder Versuch, die gegenwärtige Kritik weiter Kreise der intellektuellen Jugend am politischen System durch empirisch gesicherte, sowohl psychologische als auch soziologische und politologische Aspekte aufgreifende Thesen zu erklären. Als unzureichend muss auch der Stand der politologischen Osteuropa-Forschung bezeichnet werden. Gründliche Untersuchungen über Regierungs- und Wirtschaftssysteme der ost- und südosteuropäischen Länder liegen aus der Feder von Politologen nicht vor, obwohl sie ebenso wichtig wären wie die zahlreichen Arbeiten über aussereuropäische Entwicklungsländer. Auch die Beschäftigung mit Fragen der internationalen Wirtschaftspolitik lässt noch zu wünschen übrig.

Viele Forschungsprojekte über politische Gegenwartsfragen können nur in Teamarbeit, manche sogar nur in interdisziplinärer Zusammenarbeit bewältigt werden. Das traditionelle Prüfungsverfahren bei Dissertationen und Habilitationen stand bisher der Teamarbeit oft entgegen, weil eindeutig abgrenzbare Einzelleistungen angeboten werden mussten. Die Folge war, dass Teamarbeit meist nur in den speziellen Forschungsinstituten, wie im Institut für Politische Wissenschaft in Berlin, geleistet wurde. Hier scheint

---

[1] Vgl. *Zur Soziologie der Wahl.* Sonderheft der *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie,* hrsg. v. Rudolf Wildenmann und Erwin Scheuch, 1965.

sich ein Wandel anzubahnen, da der Nutzen der Teamarbeit bei empirischer Forschung heute anerkannt wird und eine Tendenz zur Reform der Prüfungsverfahren deutlich ist.

## V. Die Ausbildung der Studenten

Solange die Zahl der Lehrstühle an den einzelnen Universitäten so unterschiedlich ist wie bisher, ist eine einigermassen einheitliche und gleichwertige Ausbildung der Studenten nicht möglich. Besonders günstig sind natürlich die Ausbildungsbedingungen am Otto-Suhr-Institut in Berlin mit seinen 11 Lehrstühlen [1]. Von den Studenten, die Politologie als einziges Fach studieren, wird ein Studium von acht Semestern verlangt. In den ersten vier Semestern haben sie sich mit den geschichtlichen, rechtlichen und ökonomischen Grundlagen der Politik zu beschäftigen, erhalten eine Einführung in wissenschaftliche Methoden und müssen sich speziell mit dem Regierungssystem der Bundesrepublik und eines Wahllandes vertraut machen. Dieses « Grundstudium » schliesst mit einer Zwischenprüfung ab. Anschliessend ist eine Spezialisierung auf die Gebiete internationale Politik, Innenpolitik oder Theorie der Politik möglich; die Hauptarbeit wird in Seminaren geleistet. Den Abschluss des Studiums bildet eine Diplom-Prüfung, durch die der akademische Grad « Diplom-Politologe » erworben wird. Anschliessend ist die Promotion zum Doktor der Philosophie, der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften oder der Jurisprudenz möglich.

Die Mängel des Berliner Studiums liegen in erster Linie darin, dass den Studenten zu wenig praktische Erfahrungen mit den Techniken empirischer sozialwissenschaftlicher Forschung vermittelt werden. Das gilt aber ebenso für die meisten westdeutschen Universitäten. Dringend zu wünschen wären praktische Übungen in statistischen Erhebungen und Befragungen, in der Arbeit mit spieltheoretischen Modellen und Simulationen. Eine Einführung in die Programmierungstechnik dürfte in Zukunft unerlässlich sein, wenn die Absolventen weiterhin Zugang zu Forschungsinstituten finden wollen.

## VI. Das Verhältnis der politischen Wissenschaft zu den Nachbarwissenschaften

In der Aufbauphase nach 1950 hatte es die politische Wissenschaft in Deutschland nicht immer leicht, von den etablierten sozialwissenschaftlichen Disziplinen als gleichberechtigt anerkannt zu werden. Jurisprudenz, Nationalökonomie und Geschichtswissenschaft warfen ihr vor, sie habe keine eigene Methode; die Soziologie sah in ihr einen Konkurrenten, der in den Bereich der eigenen Forschung und Lehre einzudringen drohte. Eine

---

[1] Staatsrecht und Politik, Theorie der Politik, politische Wirtschaftslehre, Innenpolitik, Soziologie und politische Wissenschaft, Aussenpolitik, Theorie und vergleichende Geschichte der politischen Herrschaftssysteme, Theorie und Geschichte der auswärtigen Politik, geschichtliche Grundlagen der Politik, Geschichte der politischen Theorien, Geschichte und Theorie der Parteien und Interessengruppen.

einheitliche Meinung über die Forschungsobjekte und Methoden der politischen Wissenschaft hat sich bis heute nicht herausgebildet; der Streit um die akademische Gleichberechtigung ist jedoch nahezu verstummt, Überschneidungen mit den Nachbarwissenschaften werden als unvermeidlich hingenommen, die Abgrenzung der Forschungs- und Lehrbereiche geschieht eher unter Gesichtspunkten zweckmässiger Arbeitsteilung als theoretischer Reflexion über wissenschaftssystematische Fragen.

Wen diese pragmatische Haltung nicht befriedigt, der kann sich an Definitionen halten, die bei Versuchen entwickelt wurden, das Objekt der politischen Wissenschaft zu bestimmen; sie blieben jedoch stets umstritten. Definiert man etwa, in der Nachfolge Otto Suhrs [1], Politik als « Gestaltung des öffentlichen Lebens », und politische Wissenschaft, mit Hermens und Wildenmann, als die « Analyse der politischen Ordnungsfunktionen mit dem Ziel der Theoriebildung » [2], so bleibt offen, was « öffentliches Leben » konkret bedeutet, worin die politischen Ordnungsfunktionen zu sehen sind, ob etwa die Untersuchung des Entscheidungsprozesses in Organisationen wie Aktiengesellschaften und staatseigenen Unternehmungen einbezogen werden sollte oder nicht. Über die konkrete Abgrenzung der politischen Wissenschaft gegenüber Nachbarwissenschaften, die sich mit dem gleichen Objekt beschäftigen, sagen solche allgemeinen Definitionen natürlich gar nichts.

Faktisch nicht zu unterscheiden sind die Forschungsgebiete und -methoden der politischen Wissenschaft und der politischen Soziologie, und eine anfangs spürbare gewisse Rivalität ist inzwischen einer Kooperation gewichen, die bei der Fülle der Forschungsaufgaben nur sinnvoll sein kann. Beispiele bieten besonders das Institut für Politische Wissenschaft an der Freien Universität in Berlin, das Institut für Sozialwissenschaften an der Universität in Mannheim und das Arnold-Bergstraesser-Institut in Freiburg, wo eine ganze Reihe von Forschungsprojekten in interdisziplinärer Zusammenarbeit aufgenommen wurde. Die allgemeine Soziologie hingegen lässt sich deutlich von der politischen Wissenschaft abgrenzen, weil sie generell das menschliche Zusammenleben untersucht und sich nicht auf den politischen Aspekt beschränkt.

Schwieriger ist die Abgrenzung von der Geschichtswissenschaft. Die beliebte These, dass der Historiker individualisiere, der Politologe dagegen generalisiere, lässt sich kaum aufrechterhalten. Auch der Historiker fragt nach Bedingungen, unter denen bestimmte Entwicklungen möglich waren, d.h. er generalisiert bis zu einem gewissen Grade, und der Politologe kommt ohne die Kenntnis von Einzelerscheinungen nicht aus. Daher wird heute in der Bundesrepublik in zunehmendem Masse der Geschichtswissenschaft das

---

[1] Vgl. Otto Heinrich von der Gablentz, *Einführung in die Politische Wissenschaft*, Köln u. Opladen 1965, S. 14.

[2] Stichwort « Politische Wissenschaft » im *Handwörterbuch für Sozialwissenschaften*, 1963.

Vergangene, einschliesslich der Zeitgeschichte ab 1918, überlassen, während sich die politische Wissenschaft mehr und mehr auf die Analyse aktueller Probleme konzentriert, die mit den historischen Methoden nicht zu erfassen sind. Geht der Politologe in die Geschichte zurück, so fragt er mehr nach den Funktionsbedingungen von Regierungssystemen, weniger nach zeitlichen Abläufen. Dabei überschneiden sich sein Interessengebiet und seine Methoden allerdings mit denen des Historikers.

Politische Wissenschaft und Nationalökonomie haben zwar verschiedene Objekte, Ziele und Methoden, begegnen sich aber in spezifischen Fragestellungen, so in der Untersuchung der Bedingungen und Folgen wirtschaftlicher Macht, in der Analyse der politischen Voraussetzungen und Folgen wirtschaftspolitischer Massnahmen, in der Frage nach den Interdependenzen zwischen politischem System und ökonomischem System. In der Untersuchung dieses Grenz- und oft auch noch Niemandslandes sieht ein Teilgebiet der deutschen politischen Wissenschaft, die von Gert von Eynern begründete « Politische Wirtschaftslehre », ihre Aufgabe. Berührungspunkte ergeben sich ausserdem durch die Übernahme mancher Methoden und Modelle der Nationalökonomie vor allem durch Politologen, die empirisch-systematisch arbeiten.

Enge Beziehungen bestehen auch zwischen der politischen Wissenschaft und der Jurisprudenz. Beide Wissenschaften haben das gleiche Objekt: die Ordnung und Sicherung des Gemeinwesens. Sie unterscheiden sich aber in der Zielsetzung, in den Methoden und auch in der Dimension der Betrachtungsweise. Der Jurist interessiert sich für die Dimension der formalen Rechtsordnung, der Politologe für die Dimension der materialen Gesellschaftsordnung. Der Jurist betrachtet sein Objekt normativ, d.h. er sieht das öffentliche Leben bestimmt durch Rechtsnormen und fragt, welche Möglichkeiten politischen Handelns die Normen zulassen. Der Politologe fragt weniger nach den Rechtsnormen als nach der Verfassungswirklichkeit. Wohl sieht er in den Rechtsnormen wichtige Bestimmungsgründe und Grenzen politischen Handelns, doch er interessiert sich besonders für das Geflecht von Kräften, in dem die Normen entstehen und das ihre Wirkung beeinflusst. Zwischen der Jurisprudenz und der politischen Wissenschaft bildet sich daher ein Verhältnis des gegenseitigen Gebens und Nehmens heraus. Der Politologe muss die Grundsätze des öffentlichen Rechts kennen, der Jurist muss bei der Untersuchung der öffentlichen Ordnung auch die Ergebnisse der politischen Wissenschaft heranziehen, sonst gerät er in Gefahr, die Verfassungswirklichkeit zu verfehlen. Als Folge dieser Einsicht wurde eine ganze Reihe politologischer Lehrstühle an Juristen vergeben; umgekehrt steigt das Interesse vieler Staatsrechtslehrer an politologischen Fragestellungen.

Auf die gegenwärtig unbefriedigende Nutzung sozialpsychologischer Forschungsergebnisse für die Politologie wurde bereits hingewiesen. Vernachlässigt der Politologe den psychologischen Aspekt politischen Verhaltens, so kann er irrationale und unbewusste Motive nicht verstehen, die

in der Politik eine bedeutende Rolle spielen. Andererseits scheitern Versuche, politische Phänomene allein mit psychologischen Mitteln zu erklären. Typisch dafür sind einseitige psychologische Deutungen des Nationalsozialismus. Auch zwischen politischer Wissenschaft und Sozialpsychologie wird daher ein Verhältnis der Kooperation angestrebt, das um so leichter zu erreichen sein dürfte, als es Kompetenzstreitigkeiten zwischen beiden Wissenschaften kaum gibt.

Ein enges Verhältnis besteht schliesslich zwischen der politischen Wissenschaft und der Philosophie. Bei der Diskussion politologischer Methodenfragen müssen Ergebnisse der Erkenntnistheorie herangezogen werden; bei der Untersuchung politischer Ideen ist zu fragen, ob sie von philosophischen Theorien beeinflusst wurden; anthropologische und ethische Aussagen, wie sie das Fundament einer politologischen « Entscheidungslehre » [1] bilden, bedürfen philosophischer Begründung. Vor allem für Wissenschaftler, die über Fragen der Geschichte der politischen Ideen oder der Theorie der Politik arbeiten, gilt daher eine philosophische Schulung als unerlässlich.

Die mannigfaltigen Beziehungen zwischen der politischen Wissenschaft und benachbarten Sozial- und Geisteswissenschaften werden heute von den Politologen nicht mehr als Belastung bei ihrem Streben nach einem selbständigen akademischen Platz empfunden. Probleme ergeben sich jedoch nach wie vor daraus, dass die Vielfalt der bei einer politologischen Analyse notwendigen Aspekte extreme Anforderungen an die Ausbildung des Politologen stellt. Im Idealfall müsste der in Forschung und Lehre arbeitende Politologe gründliche historische, soziologische, ökonomische, juristische und philosophische Kenntnisse haben und die verschiedensten sozialwissenschaftlichen Methoden beherrschen, damit er die Vielfalt der Aspekte integrieren und dem Objekt « Politik » gerecht werden kann. Da diese Universalausbildung nicht möglich ist, ohne in Dilettantismus zu verfallen, gilt eine wachsende Spezialisierung und, vor allem bei empirischer Forschung, der Übergang zu Teamarbeit und interdisziplinärer Kooperation als unerlässlich.

---

[1] Vgl. O. H. VON DER GABLENTZ, *Einführung in die Politische Wissenschaft*, a.a.O.